

Ronald Schminke MdL

**Missbrauch der Leiharbeit beenden –
Fehlentwicklungen entgegenwirken**

Herr Präsident,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

in Deutschland nehmen unsichere Arbeitsverhältnisse, Lohndrückerei und Ausbeutung immer mehr zu. Man spricht bereits vom System Leiharbeit und meint damit die skandalöse konzerninterne Bildung von Leiharbeitsgesellschaften und die befristete Verleihung von Arbeitnehmern, - und dies oft zu Hungerlöhnen. Es ist höchste Zeit, denn unser Arbeitsmarkt ist in großer Unordnung, darum müssen wir jetzt handeln und diese oft menschenverachtenden Fehlentwicklungen beenden, meine Damen und Herren.

Wir Sozialdemokraten wollen Fairness am Arbeitsmarkt, wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, wir wollen klare Regeln und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, wir wollen knallharte Sanktionen bei Missbrauch von

Leiharbeit, wir wollen die Leiharbeit als Brücke zur Stammebelegschaft und keine Unternehmerwillkür zum Nachteil der abhängig Beschäftigten, meine Damen und Herren.

Nun hatten wir Ihnen in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgezeigt, was in der Zeitarbeit alles möglich ist. Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der CDU / FDP

Nochregierungscoalition, sie waren zu nichts bereit, es war keine Bereitschaft zu Veränderungen vorhanden, Augen zu und durch, das war ihre Haltung und deshalb haben die Menschen ihre Politik auch so satt, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

Der ursprüngliche Sinn der Leiharbeit lag darin, Auftragsspitzen, Mehrarbeit und personelle Ausfälle abzudecken. Jetzt in der Aufschwungphase sind bereits 35% aller Neueinstellungen Leiharbeiter. Auch das ist ein Ergebnis Ihrer Starrsinnigkeit, weil Sie unsere bisherigen Anträge zur Leiharbeit alle abgeschmettert haben.

Nehmen Sie eigentlich gar nicht mehr wahr, was uns da fast täglich durch die Medien präsentiert wird? Schlecker, KiK, Lidl und andere große Discounter oder das Gaststättengewerbe oder in der Pflege und in Krankenhäusern und bei den Kirchen, überall wird für harte Arbeit Niedriglohn gezahlt und es herrschen zunehmend skandalöse Arbeitsbedingungen. Bei den XL Schlecker Märkten haben Sie erst reagiert, nachdem Ihnen ARD und ZDF die Schweinereien in Serie berichtet hatten.

Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, dass sich diese Lohndrückerei durch die ausgelagerte Zeitarbeit mittlerweile in sehr vielen großen Konzernen breitgemacht hat. Leiharbeit wird zu einem Unterbietungswettbewerb missbraucht, damit wird sogar offiziell geworben und nicht wenige skrupellose Betrüger verdienen dabei sehr viel Geld.

Die Stammebelegschaften geraten überall unter Druck und der Anteil der Leiharbeiter steigt kontinuierlich an, das ist die Realität, vor der Sie Ihre Augen verschließen, meine Damen und Herren.

Wir wollen die Leiharbeit nicht abschaffen, aber wir wollen faire Bedingungen, eine Begrenzung der Anzahl eingesetzter Leiharbeiter, ein Synchronisationsverbot und vor allem gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir sind für anständige Tarife, Löhne von denen man auch leben kann und wir wünschen diejenigen christlichen Gewerkschaften zum Teufel, die permanent als Unterbietungskonkurrenz auftreten und Löhne vereinbaren, dass einem grotenschlecht wird.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, ein stetig wachsender Anteil der Leiharbeiter benötigt zusätzlich staatliche Leistungen. Arm trotz Arbeit, unwürdige Arbeitsbedingungen, keine Mitbestimmungsrechte, kein Betriebsrat und Niedriglohn von dem man nicht leben kann, solche Zustände wollen wir nicht, wir wollen Ordnung im Lohngefüge, Mitbestimmung und Betriebsräte in allen Betrieben und Tarifverträge durch Gewerkschaften, die den Namen Gewerkschaft verdient haben, weil sie anständige Konditionen vereinbaren.

Meine Damen und Herren der FDP,
kürzlich hat der Bundestagsabgeordnete Heinrich Kolb vorgeschlagen, die Leiharbeit zukünftig der Entlohnung von Stammarbeitern gleichzusetzen, weil man erkannt habe, dass die Ausnahme einer schlechteren Bezahlung nunmehr die Regel geworden sei. Eine kurze Einarbeitungszeit zu etwas schlechterem Lohn wolle man noch zulassen, heißt es bei der gebeutelten 5% Partei FDP.

Frau König, sie sollten unserem Antrag zustimmen, denn das wollen wir auch. Der Vorstoß der FDP ziele in die richtige Richtung, kommentierte daraufhin Ursel von der Leyen von der Christenunion zum Geistesblitz des Herrn Kolb und nun bekomme ich fast Angst, dass am Ende dann alle Parteien unserem Antrag zustimmen werden.

Als Wildwuchs, bezeichnet der Schirmherr der Initiative "Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" die Ausbreitung prekärer Beschäftigung. Minijobs, Kurzzeitverträge und Leiharbeit zu Hungerlöhnen führten zu Hungerrenten. Die Leiharbeit in der heutigen Form führe auf den falschen Pfad, das

geht runter wie Oel, meine Damen und Herren,
was da kein anderer als Norbert Blüm von der
CDU erklärt hat.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen,
sie kennen unseren Hang zur Perfektion, deshalb
fordern wir erneut die Einführung eines
flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes,
initiiert durch eine Bundesratsinitiative
Niedersachsens. Insbesondere der Mindestlohn
wäre eine Bereinigung unhaltbarer Zustände.

Sie sollten endlich Vernunft annehmen, denn
sonst gehen hier überall bald die Lichter aus.
Gute Arbeit ist anständig bezahlte Arbeit, der
Grundsatz gilt. Wer anständig verdient, kann
auch Umsätze tätigen und somit unsere
Binnenwirtschaft ankurbeln. Daraus resultiert
dann eine Gewerbesteuer, die der Bürgermeister
so dringend für die Reparatur seiner Straßen
braucht. Gute Löhne verhindern Armut und durch
gute Löhne kann man Kindern anständige
Ernährung und Bildung zukommen lassen.
Diesen Kreislauf sehen wir Sozialdemokraten,
darum handeln wir aus tiefer Überzeugung,
meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Nun noch ein Hinweis auf erforderliche Anpassungen der europäischen Richtlinie in Sachen Leiharbeit. Danach haben wir eine Höchstüberlassungsdauer einzuführen, während unser Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die Leiharbeit auf Dauer zulässt. Bei Synchronisation ist Equal Pay vorgeschrieben und nach EU – Recht müssen Leiharbeiter sogar über freiwerdende Stellen im Unternehmen unterrichtet werden. Gemessen am EU – Recht hinken wir weit hinterher. Das sind Themen und Anforderungen, die wir zu beantworten haben und auch die Freizügigkeit ab 1. Mai 2011 wird uns noch beschäftigen, mehr als Sie das heute ahnen, meine Damen und Herren der zukünftigen Opposition.

Es ist doch alles gar nicht so schwer, hören Sie doch nur endlich mit Ihrer unsäglichen Blockadepolitik auf. Ihre Umfragewerte sind im Keller, Sie fühlen sich doch hundeehend, weil Ihnen der Wind von vorn ins Gesicht bläst, bewegen Sie sich auf uns zu, immer in unsere Richtung, immer bergauf, meine Damen und Herren. Stimmen Sie unserem Antrag

uneingeschränkt zu, dann geht es Ihnen und den vielen Leiharbeitern auch wieder besser!